

18572-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Rohbauarbeiten – Rohbauarbeiten

OJ S 8/2024 11/01/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Göttingen

E-Mail: vergabestelle@goettingen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rohbauarbeiten

Beschreibung: Zweigeschossiger Erweiterungsneubau mit Teilunterkellerung der Regenbogenschule. Das Grundstück befindet sich etwa 6 km westlich des Stadtkerns Göttingen. Im Osten grenzt das Baugrundstück an die Diedershäuser Straße, im Norden an die Straße Harrenacker. Eine Zufahrt zum benachbarten Sportplatz grenzt das Schulgrundstück nach Westen ab. Das Baufeld wie auch das gesamte Schulgrundstück haben eine stark topographische Ausprägung: das Gelände steigt von der nordöstlichen Grundstücksecke nach Südwesten um etwa 10 m und vom Haupteingang bis zum Erweiterungsbau ca. 3,50 m an. Am südöstlichen Grundstücksrand fällt das Gelände um etwa 4 m zur Diedershäuser Str. ab. Diese Böschung ist dicht bewachsen und enthält einen schützenswerten Baumbestand. Das Baufeld für den Erweiterungsbau befindet sich im Süden des Grundstücks, auf der an die Bestandsbauten angrenzenden grünen Wiese. Der Baukörper ist als polygonaler Solitär ausformuliert, der sich frei auf der Wiese platziert und mit einem Verbindungsbaukörper an den Bestand anschließt. Der Eingang befindet sich im Verbindungsbaukörper mit einem Vordach. Im Zuge des Bauvorhabens wird am Südriegel der Bestandsbauten das Bestandstrepfenhaus abgebrochen und neu angepasst. Ein Aufzug sichert die barrierefreie Erschließung des Bestandes als auch des Neubaus. Der Anbau ist als 5-eckiger Baukörper mit den Außenabmessungen von ca. 26,30 m x 28,20 m und einem rechteckigen Verbindungsgang zum Bestandsgebäude geplant. Das Gebäude wird in Massivbauweise, bestehend aus Mauerwerkswänden, wandartigen Stahlbetonträgern, Stahlbetonstützen, -decken und -überzügen bzw. -unterzügen errichtet. Im Untergeschoss des Erweiterungsbaus sind Technikräume der TGA sowie Lagerräume der Schule angeordnet. Im Erdgeschoss sind Unterrichts- und Betreuungsräume vorgesehen, im Obergeschoss befinden sich die Fachräume. Die Sanitärräume sind übereinander platziert und befinden sich an der nordöstlichen Gebäudeecke. Als tragende Konstruktion wird ein Massivbau mit KS-Mauerwerkswänden sowie Stahlbetondecken ausgeführt. UG-Außenwände, die erdberührte Südwand und Aufzugsschacht werden als Stahlbeton-, teils als WU-Konstruktion ausgeführt. Aufgrund der Einbindetiefe des Aufzugsschachtes ist auf Breite des Verbindungsbaus eine Bestandsunterfangung erforderlich. Diese wird als Betonbalken abschnittsweise hergestellt. Der Neubau wird mit umlaufender, nichttragender Attika aus Holz und einem extensiv begrünten Flachdach in Kombination mit PV-Modulen geplant. Die Regenentwässerung erfolgt

außenliegend über Fallrohre, Notabläufe werden in der Attika sichtbar gemacht. Drei Lichtbänder belichten die Halle. Die Fassade ist als hellgraue Holzfassade mit vertikaler Lattung geplant, die mit Wärmedämmung vor der Massivkonstruktion angeordnet wird. Fenster und Pfosten-Riegel-Fassaden sind als Holz-Aluminium-Konstruktion vorgesehen. Bitte beachten Sie folgenden Hinweis: Die Arbeiten werden während des Schulbetriebes bei laufender Nutzung der Bestandsgebäude durchgeführt. Zu jeder Zeit hat der Schulbetrieb absolute Priorität. Durch den Betrieb entstehende Behinderungen stellen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung dar. Die örtliche Bauleitung wird im Einvernehmen mit der Schulleitung und den ausführenden Firmen frühzeitig für einen dauerhaft möglichst reibungslosen Ablauf sorgen. Sämtliche Mitarbeiter sind diesbezüglich auf ihre Mitwirkungspflicht hinzuweisen. Wegen des laufenden Betriebes ist staub-, lärm- und erschütterungsarm zu arbeiten. Besonders lärmintensive Arbeiten sind nach vorheriger Abstimmung mit der örtlichen Bauleitung auf betriebsfreie Zeiten (Nachmittage, Ferienzeiten) zu verlegen! Die Auftraggeberin (AG) stellt auf dem Grundstück eine übergeordnete Baustelleneinrichtung mit Bauzaun, Zufahrtsstraße und Baustelleneinrichtungsflächen zur Verfügung; ein Sanitärcontainer wird kostenfrei zur Verfügung gestellt. DIE AG STELLT KEINE UNTERKUNFTSCONTAINER BEREIT. Die Gerüstarbeiten werden bereits durch die AG ausgeschrieben, soweit diese nicht Nebenleistungen sind. In diesem Ausschreibungsverfahren wird davon ausgegangen, dass für die eigenen Leistungen selbst notwendige Gerüste als Nebenleistungen montiert werden. Kranstellung gem. Baustelleneinrichtungsplan inkl. Herrichten des Kranstellplatzes gem. den sich ergebenden Anforderungen, sowie dessen Rückbau nach Kranabbau. Für die Dimensionierung und Positionierung des Kranes ist zu beachten, dass über das in südwestlicher Richtung benachbarte Grundstück zwei Überlandleitungen verlaufen, von denen zumindest die östliche stromführend ist. Der genaue Abstand der Leitungen vom Baufeld ist zu ermitteln und entsprechende sicherheitstechnische Abstände sind bei der Krandimensionierung zu berücksichtigen! Außerhalb des Leitungsschutzbereiches ist der Kran so aufzustellen, dass der Kranausleger in keinem Fall in den Leitungsschutzbereich hineindrehen kann. Der Kran ist mit einem Drehbegrenzer auszurüsten, damit ein ausreichender Sicherheitsabstand im Schwenkbereich zur Falleitung eingehalten wird. Ausführungsarbeiten: 1 BAUSTELLENEINRICHTUNG 2 ABRUCHARBEITEN 3 ERDARBEITEN 4 ENTWÄSSERUNGSARBEITEN UNTERHALB DER BAUGRUBE 5 BETON- UND STAHLBETONARBEITEN 6 MAUERARBEITEN 7 ABDICHTUNG 8 SONSTIGES
Kennung des Verfahrens: 00246e16-4e57-41ba-ad45-81eae309d989
Interne Kennung: 11_2024
Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45223220 Rohbauarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45111000 Abbrucharbeiten, Baureifmachung und Abräumung, 45112000 Aushub- und Erdbewegungsarbeiten, 45232452 Entwässerungsarbeiten, 45262310 Stahlbetonarbeiten, 45262522 Mauerwerksarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Harrenacker 1

Stadt: Göttingen

Postleitzahl: 37079

Land, Gliederung (NUTS): Göttingen (DE91C)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 271 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1.) Die Vergabeunterlagen stehen allen Interessenten unter der in Ziff. 1.3 genannten Adresse als Lesefassung zum Abruf zur Verfügung. Es ist erforderlich, dass Bieter sich für die Angebotsabgabe auf der eVergabe-Plattform registriert und beworben haben. Eine Registrierung und zeitnaher Abruf der Vergabeunterlagen für die elektronische Angebotsabgabe wird im Bieterinteresse empfohlen. Weitere Informationen erhalten Sie unter: https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/meinauftrag.rib.de/hilfe/willkommen_erste_schritte_tender.html?q=erste+schritte. Für die Erstellung und Abgabe des Angebotes benötigen Sie den Bieterclient ava-sign; Hilfe finden Sie unter: https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/avasign_hilfe/hilfe/index.html?ava_arbeitsschritteavasign.html. 2) Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit der Unterlagen sowie auf Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, so haben sie unverzüglich und vor Abgabe eines Angebots darauf hinzuweisen. Unternehmen werden aufgefordert, im Interesse einer schnellen Beseitigung von Unklarheiten, frühzeitig und vorab ihre Fragen zu übermitteln. Unternehmen haben Verstöße gegen Vergabevorschriften zu rügen. Es gelten die Bestimmungen in § 160 Abs. 3 GWB. Soweit der Rüge nicht abgeholfen wird, ist das rügende Unternehmen insbesondere verpflichtet, innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer einzureichen. Ansonsten ist der Antrag gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig. Da die Vergabeunterlagen dem Bewerberkreis ohne Registrierung zur Verfügung stehen, sind diese selbst in der Verantwortung, eventuelle Nachträge und Mitteilungen zu beziehen; derartige Informationen können nur registrierten oder legitimierten Bewerbern automatisch zugesandt werden. Alle nicht registrierten Bewerber müssen regelmäßig die auf der Vergabeplattform einsehbaren Vergabeunterlagen einschl. Fragen-/Antwortenkatalog auf etwaige Änderungen prüfen (vgl. VK Südbayern, Beschluss vom 17.10.2016 - Z3-3-3194-1-36-09/16). Der Bieter verpflichtet sich mit der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gegenüber der Auftraggeberin, das Nachrichtenpostfach für den Empfang rechtserheblicher Erklärungen zu nutzen; etwaige abweichende Mitteilungen/Informationen des Portalbetreibers nicht rechtsverbindlich sind. 3) Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Bei Verzicht auf Angebotsabgabe sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten. 4) Aufwendungen des Bietenden im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens, insbesondere für die Angebotserstellung werden nicht vergütet. 5) Die Kommunikation im Vergabeverfahren (Fragen/Nachforderungen/Aufklärungen/Informationen) erfolgt grundsätzlich elektronisch über die Vergabeplattform. Fragen zu den Vergabeunterlagen oder Auskünfte zu diesem Vergabeverfahren im Allgemeinen können bis zum 06.02.2024 -12:00 Uhr über das Vergabeportal (https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/meinauftrag.rib.de/hilfe/frage_stellen_tender.html?q=Frage) gestellt werden. Später eingehende Fragen werden unbeschadet des § 12a Abs.3 VOB/A-EU grundsätzlich nicht berücksichtigt. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftsersuchens trägt das anfragende Unternehmen. 6) Das Angebot ist spätestens bis zum unter Ziff. 5.1.12 festgelegten Termin ausschließlich in elektronischer Form über das Vergabeportal einzureichen. Eine Angebotsabgabe in Papierform, Fax oder E-Mail ist nicht zulässig und führt zum Angebotsausschluss (§ 16 Nr. 2 VOB/A_EU). 7) Die Abgabe mehrerer Hauptangeboten bzw. Nebenangebote sind nicht zugelassen. 8) Die Vergabekammer hat die

Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimnisses oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB). Jeder Beteiligte hat bei Angebotsabgabe auf den Geheimnischutz hinzuweisen und dies im Angebot entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt keine Kenntlichmachung, kann die Vergabekammer von der Zustimmung auf Einsicht ausgehen (§ 165 Abs. 3 GWB).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Es gelten die Ausschlussgründe gemäß §§ 123 und 124 des GWB bzw. soweit im Vergabeverfahren zutreffend die §§ 6, 16 EU- VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rohbauarbeiten

Beschreibung: Abbrucharbeiten: ca. 13 m³ Abbruch Stahlbetonskelettkonstruktion abbrechen u. entsorgen ca. 35 m² Mauerwerksausfachung abbrechen u. entsorgen 1

Stahlbetontreppenkonstruktion abbrechen u. entsorgen ca. 20 m² StB-Bodenplatte abbrechen u. entsorgen ca. 23 m² Dachkonstruktion abbrechen u. entsorgen Erdarbeiten: ca. 250 m²

Baustraße anlegen und rückbauen ca. 3000 m³ Baugrubenaushub ca. 470 m² Bettungspolster anlegen ca. 150 lfm Drainage ca. 1000 m³ Verfüllung Arbeitsräume ca. 80 lfm Grundleitungen

Unterfangung an Bestandsgebäude Rohbauarbeiten: ca. 24 m² StB-Unterfangung an Bestandsgebäude ca. 660 m² StB-Bodenplatte, WU-Beton ca. 360 m² StB-Außenwände, teilweise WU-Beton ca. 23 m³ StB-Stützen ca. 200 lfm StB- Unterzüge und -Ringbalken, unterschiedliche Querschnitte ca. 1500 m² elementierte Fertigteildecken 6 Stk Fertigteil-

Treppenläufe ca. 82 to Betonbaustahl ca. 520 m² Außenmauerwerk Kalksandstein, d = 17,5 cm ca. 850 m² Innenmauerwerk Kalksandstein, = 11,5 cm

Interne Kennung: 11_2024

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45223220 Rohbauarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45262310 Stahlbetonarbeiten, 45111000 Abbrucharbeiten, Baureifmachung und Abräumung, 45112000 Aushub- und Erdbewegungsarbeiten, 45232452 Entwässerungsarbeiten, 45262522 Mauerwerksarbeiten

Optionen:

Beschreibung der Optionen: ausschließlich unter Einhaltung des § 132 GWB

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Harrenacker 1

Stadt: Göttingen

Postleitzahl: 37079

Land, Gliederung (NUTS): Göttingen (DE91C)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 08/04/2024

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: ausschließlich unter Einhaltung des § 132 GWB

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 271 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die Preise für die meisten Bauprodukte haben sich wieder stabilisiert, so dass die Sonderregelungen zum Umgang mit den Lieferengpässen und

Materialpreissteigerungen aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zum 30.

Juni 2023 ausgelaufen sind. Es wird davon ausgegangen, dass die Stabilisierung sich in den

nächsten Monaten verstetigen dürfte. Die Rückkehr zum Regelverfahren (Einheitspreisvertrag) ist daher auch bei diesem Ausschreibungsverfahren gerechtfertigt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Angebot sind Erklärungen und Nachweise nach § 6a Satz 1 Nr. 1 VOB/A-EU

abzugeben: 1.1) Erklärung über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder

Handelsregister oder in die Handwerksrolle des Unternehmens- oder Wohnsitzes; Mit dem

Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber

direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die

Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig

entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“

(Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Unternehmen aus

anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige Nachweise

des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des Auftraggebers

sind zur Bestätigung der Eigenerklärung innerhalb von 6 Kalendertagen vorzulegen: -

Gewerbeanmeldung, -Handelsregisterauszug, -Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der

Industrie- und Handelskammer. Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf

die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im

Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für

diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in

deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

1.2) Im Falle der Einbindung von Unterauftragnehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen

Einsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen (Formblatt 233) 1.3) Im Falle der

Einbindung von Unterauftragnehmern ist spätestens vor Auftragserteilung eine

Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers vorzulegen, dem Hauptauftragnehmer im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen (Formblatt 236); 1.4) Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens in Frage stellen: 1.4.1) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB; 1.4.2) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB; 1.4.3) Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB. 1.4.4) Eigenerklärung_Bezug_Russland (auch betr. Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher) Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für das Unternehmen, welches den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlags-/ Auftragserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Wettbewerbsregistergesetz abzurufen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a Satz 1 Nr. 3 VOB/A_EU beizufügen: a) Erklärung, dass das Unternehmen in den letzten bis zu 8 abgeschlossenen Kalenderjahren (§ 6a Satz 2 Nr. 1a) Satz 2 VOB/A_EU) Leistungen ausgeführt hat, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind; b) Erklärung, dass dem Unternehmen die für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). c) Angabe, welche Teile des Auftrags der Unternehmer unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (Formblatt 233). Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen vorzulegen: a) Referenzen über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu 8 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, wobei für die wichtigsten Bauleistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis beizufügen sind; um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden auch in diesem Fall einschlägige Bauleistungen berücksichtigt, die mehr als 5 Jahre zurückliegen. b) Erklärung, aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt; c) Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen, die der Unternehmer während der Auftragsausführung anwenden kann; d) Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen nach § 6a Satz 1 Nr. 2 VOB/A-EU abzugeben: a) Erklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2021,2022,2023 [vorläufig]), soweit es Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen; Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Gesamtumsatz für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen. b) Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet; c) Falls zutreffend, Erklärung, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde; d) Erklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat; e) Erklärung, dass das Unternehmen Mitglied der Berufsgenossenschaft ist. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen vorzulegen: a) Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen; b) Falls zutreffend, rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan; c) Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit das Unternehmen beitragspflichtig ist), Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG; d) Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für das Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen. Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, behält sich der Auftraggeber vor, zu verlangen, dass Bieter und diese Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung haften (§ 6d Abs. 2 VOB/A-EU). Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Darüber hinaus hat der Bieter folgende Angaben zu machen: Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung mit folgenden Haftungssummen (Mindestanforderung): — mindestens 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, — mindestens 1,0 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens die zweifache der unter 2.1 genannten Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis ist grundsätzlich durch eine verbindliche Deckungsbestätigung der Versicherung zu erbringen. Wenn oder soweit eine Versicherung in der o. g. Höhe zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht vorliegt, kann der Nachweis durch eine rechtsverbindliche Eigenerklärung des Bieters über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall erbracht werden.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Der Preis ist alleiniges Zuschlagskriterium

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 06/02/2024 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/128640>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung = 5% der Auftragssumme. Sicherheitsleistung für etwaige Mängelansprüche = 3% der Auftragssumme

Frist für den Eingang der Angebote: 15/02/2024 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Das Nachforderungs-/Aufklärungsverfahren erfolgt ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal; es gelten die zur diesbezüglich im Bieterportal eingestellten Nachrichten. Bietende Unternehmen verpflichten sich insofern mit der Teilnahme an dem Vergabeverfahren gegenüber der Vergabestelle, das Nachrichtenpostfach im Bieterportal der E-Vergabe-Plattform für den Empfang rechtserheblicher Erklärungen in dem konkreten Vergabeverfahren ausnahmslos zu nutzen. Die Regelungen zur Tariftreue (Ziff. 1.2 des Dokuments 231 „Vereinbarung Tariftreue NTVergG“) werden Vertragsbestandteil und gelten entsprechend für sämtliche Unterbeauftragungen. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Unteraufträge zu erteilen, sind diese spätestens vor Auftragserteilung namentlich zu benennen. Von den Unterauftragnehmern ist vor Auftragserteilung die Erklärung nach § 4 Abs. 1 NTVergG abzuverlangen und vorzulegen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/02/2024 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Stadt Göttingen Zentrale Vergabestelle -Zimmer 102-Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen

Eröffnungstermin — Beschreibung: Die Angebotsöffnung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:
gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Betreffend die Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 GWB

verwiesen. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2)

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von

Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen

droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen,

vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Göttingen

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Stadt Göttingen

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Niedersachsen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Göttingen

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadt Göttingen

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Göttingen
Registrierungsnummer: 031590016016-0-80
Abteilung: 04.2_Zentrale Vergabestelle
Postanschrift: Hiroshimaplatz 1-4
Stadt: Göttingen
Postleitzahl: 37083
Land, Gliederung (NUTS): Göttingen (DE91C)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@goettingen.de
Telefon: +49 551400-2310
Fax: +49 551400-3201
Internetadresse: <https://www.goettingen.de/>
Profil des Erwerbers: <https://www.goettingen.de/portal/startseite.html>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Federführendes Mitglied
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen
Registrierungsnummer: t:04131153308
Abteilung: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsisches Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit , Verkehr und Digitalisierung
Postanschrift: Auf der Hude 2
Stadt: Lüneburg
Postleitzahl: 21339
Land, Gliederung (NUTS): Lüneburg, Landkreis (DE935)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Telefon: +494131153308
Fax: +494131152943
Internetadresse: https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer_rechtslage_ab_18_04_2016/vergabekammer-niedersachsen-144803.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 43296e90-5473-4ac6-a015-229fbc7fc8e - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/01/2024 07:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 18572-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 8/2024

Datum der Veröffentlichung: 11/01/2024